

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

**33. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung  
mit Polizeibeirat**

Sitzungstermin:	Dienstag, 21.03.2023
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	19:59 Uhr
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck
<b>Anwesende Mitglieder</b>	
<b>Vorsitz</b>	
2. Stellvertr. Stadtpräsidentin Silke Mählenhoff - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>	
Dr. Marek Lengen - SPD	
Jochen Mauritz - CDU	
Frank Zahn - SPD	
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>	
Peter Schüler - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Rüdiger Hinrichs - FREIE WÄHLER & GAL	Vertretung für: Herrn Thomas Misch Stellvertr. Fraktionsvorsitzender
Hans-Jürgen Martens - DIE LINKE	Vertretung für: Herrn Sascha Luetkens Stellvertr. Fraktionsvorsitzender
Barbara Steffen - CDU	Vertretung für: Herrn Henning Stabe
Stefan Höfel - Die Unabhängigen	
André Marx - SPD	Vertretung für: Frau Ute Friedrichsen
Rolf Müller - FDP	
Paul-Gerhard Röttger - CDU	
Liane Rüter - CDU	
<b>Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht</b>	
Hans-Dieter Blum - BfL	
<b>Stellvertreter:in</b>	
Kimberly D`Amico - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
<b>Beiratsmitglieder</b>	
Johannes Schindler - Naturschutzbeauftragter	bis 19:56 Uhr, bis TOP 9

<b>Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion</b>	
Detlev Stolzenberg - Die Unabhängigen Fraktionsvorsitzender	
<b>Verwaltung</b>	
Senator Ludger Hinsen - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	
Petra Poltrock - FBC FB 3	
Kristin Gercke - 3.030 Fachbereichscontrolling	
Melanie Wöhlk - 3.320 Ordnungsamt	bis 16:50 Uhr, TOP 8 Polizeibeirat
Sven Klempau - Stadtfeuerwehrverband	bis 18:32 Uhr, TOP 5.3
Thomas Köstler - 3.370 Feuerwehr	bis 18:32 Uhr, TOP 5.3
Marcel Schwerdtner - 3.370 Feuerwehr	bis 18:32 Uhr, TOP 5.3
Birgit Hartmann - 3.390 Umwelt, Natur u. Verbraucherschutz	16:30 Uhr bis 19:56 Uhr, TOP 9
Barbara Schäfers - 3.390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz	16:30 Uhr bis 19:56 Uhr, TOP 9
Dennis Bössow - 1.201 Haushalt und Steuerung	16:50 Uhr bis 18:32 Uhr, TOP 5.3
Thomas Heckel - Personalrat Feuerwehr	bis 18:32 Uhr, bis TOP 5.3
Carsten Richert - Personalrat Feuerwehr	bis 18:32 Uhr, bis TOP 5.3
Norbert Trabs - Polizeidirektion Lübeck	bis 16:50 Uhr, TOP 8 Polizeibeirat
Detlev Zawadzki - Polizei	bis 16:50 Uhr, TOP 8 Polizeibeirat
<b>Protokollführung</b>	
Angelika Schröder - Fachbereichsdienste FB 3	
<b>Gäste</b>	
Sven Ohrem - Lulf Sicherheitsberatung GmbH	16:08 Uhr bis 18:32 Uhr, TOP 5.3
<b>Entschuldigte Mitglieder</b>	
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>	
Bastian Langbehn - fraktionslos	entschuldigt
Sascha Luetkens - DIE LINKE Stellvertr. Fraktionsvorsitzender	entschuldigt
Thomas Misch - FREIE WÄHLER & GAL Stellvertr. Fraktionsvorsitzender	entschuldigt
Henning Stabe - CDU	entschuldigt
Heiko Steffen - AfD Stellvertr. Fraktionsvorsitzender	entschuldigt
Anka Grädner - Fraktion 21 Stellvertr. Fraktionsvorsitzende	entschuldigt
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>	
Ute Friedrichsen - SPD	entschuldigt

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.02.2023	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Mitteilungen der Vorsitzenden	
3.2	Mitteilungen der Fachbereichsleitung	
3.2.1	Situation der Ausländerbehörde	
3.3	Beantwortung von Anfragen	
3.3.1	Antwort auf die mündliche Anfrage AM Mauritz (CDU): Unterhaltungskosten Feuerlöschteiche	
3.3.2	Antwort auf die mündliche Anfrage von AM Rüter (CDU): Einweihung der AWO Begegnungsstätte tea & talk	
3.4	Neue Anfragen	
3.4.1	AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Bevölkerungsschutz durch Öffentlichkeitsarbeit verbessern	<b>VO/2023/11954</b>
3.4.2	AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Umweltbelastungen durch Feuerwehrübungen	<b>VO/2023/12036</b>
3.4.3	Anfrage des AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Bericht über den Sachstand zum Gewässerunterhaltungsplan der Medebeck	<b>VO/2023/12009</b>
3.4.4	Anfrage des AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Teilnahme der Stadt Lübeck am "Papieratlas"	<b>VO/2023/12007</b>
3.4.5	Anfrage AM Hans-Jürgen Martens (DIE LINKE): Mehrweg-Angebotspflicht	<b>VO/2023/12061</b>
4	Berichte	
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Feuerwehrbedarfsplan der Hansestadt Lübeck / Personalbemessung für die Wachabteilungen und die Einsatzleitstelle der Feuerwehr	<b>VO/2022/11764</b>
5.2	Gemeinsame kooperative Leitstelle mit der Polizei in einem	<b>VO/2022/11745</b>

	Neubau der Feuerwache 2 und Neubau der Notfallsanitäterschule	
5.3	"Neubau Feuerwehrgerätehaus Kronsforde": Projektfreigabe und Aufhebung eines für das Haushaltsjahr 2023 bestehenden Sperrvermerkes	<b>VO/2023/11961</b>
5.4	Masterplan Klimaschutz	<b>VO/2023/11957</b>
5.5	Auflösung eines Stadtgutes	<b>VO/2022/11085</b>
5.6	142. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Teilbereich Moising Süd - abschließender Beschluss Bebauungsplan 21.09.00 - Moising Süd/ Solarpark - Satzungsbeschluss	<b>VO/2023/11877</b>
5.7	Bebauungsplan 32.61.00 - Neue Teutendorfer Siedlung / Am Dreilingsberg - Satzungsbeschluss 134. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Teilbereich Neue Teutendorfer Siedlung - abschließender Beschluss	<b>VO/2023/11965</b>
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	CDU: Neue Regelungen für den Grünstrand	<b>VO/2022/11497</b>
6.2	Dringlichkeitsantrag: BfL - "Sichere Zäune für Nutz- und Wildtiere"	<b>VO/2023/11838</b>
6.3	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Förderprogramm Fernwärme	<b>VO/2023/11901</b>
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): DRINGLICHKEITSANTRAG: Fördermittelmanagement für den Fachbereich 3 umgehend einrichten	<b>VO/2023/11866</b>
7.2	AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Schaffung einer Technikerstelle zur Unterstützung der Landesranger	<b>VO/2023/12008</b>
7.3	Antrag des AM Stefan Höfel (Die Unabhängigen): Beitritt zur Städteinitiative "Lebenswerte Städte und Gemeinden"	<b>VO/2023/12032</b>
7.4	Anfrage des AM Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen): Fachgerechter Abbau von Wildschutzzäunen	<b>VO/2023/11883</b>
7.5	Antrag des AM Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen): Abbau von Wildschutzzäunen am Heckbergweg und am Gutsweg	<b>VO/2023/12033</b>
8	Polizeibeirat	
8.1	Kriminalstatistik 2022	

9	Verschiedenes	
9.1	Wakenitz-Wanderweg	
9.2	Abriss der Ölmühle	
9.3	Amphibienschutzzaun Lübschenfeld	
9.4	Mobilfunk 5G	
9.5	Essbare Stadt	
9.6	Temperatur Großer Sitzungssaal (Haus Trave 7. OG)	
10	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

<b>zu 1      Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen</b>
--

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit. Es wird festgestellt, dass fristgerecht einberufen wurde und die schriftliche Einladung allen Teilnehmer:innen zugegangen ist.

Ferner macht die Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Es sind keine zu verpflichtenden Ausschussmitglieder anwesend.

Die Vorsitzende begrüßt die Teilnehmenden von der Polizei: Herrn LPD Norbert Trabs und Herrn KD Detlev Zawadzki sowie Herrn Sven Ohrem von der Luelf Sicherheitsberatung GmbH.

Es wird bekannt gegeben, dass der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung vom 14.02.2023 keinen Beschluss gefasst hat.

Die Verwaltung bittet den TOP 8 Polizeibeirat vorzuziehen und nach TOP 2. 1 zu behandeln.

Herr Hinsen zieht TOP 3.2.1 „Situation der Ausländerbehörde“ zurück und sagt zu, dass darüber im Mai berichtet werde.

Die Vorsitzende erläutert, dass TOP 7.4 versehentlich auf die Tagesordnung gesetzt worden sei. Die VO 11833 wurde bereits im Februar zur Kenntnis genommen. Stattdessen soll über die VO 12033 Abbau von Wildschutzzäunen am Heckbergsweg und am Gutsweg beraten werden. Die Vorlage wurde nachgereicht.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

**Neu:** VO 12061 AM Martens: Mehrweg-Angebotspflicht

Es wird von der Vorsitzenden mitgeteilt, dass gem. § 39 Abs. 3 der GeschO der Bürgerschaft über die Teilnahme von Verwaltungsmitarbeitenden im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung vor Eintritt abzustimmen ist.

Herr Senator Hinsen bittet um die Teilnahme des Fachbereichscontrollings:

Frau Poltrock  
Frau Gercke.

Weiterhin fragt er, ob jemand noch ein weiteres Thema im nicht-öffentlichen Teil ansprechen möchte, das die Teilnahme von weiteren Verwaltungsmitarbeitenden notwendig mache. Dies ist nicht der Fall.

**Der Ausschuss stimmt einstimmig der geänderten Tagesordnung zu.**

“

**zu 2 Genehmigung der Niederschrift**

**zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.02.2023**

Keine Wortmeldung. Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

**zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen**

**zu 3.1 Mitteilungen der Vorsitzenden**

**zu 3.2 Mitteilungen der Fachbereichsleitung**

Herr Hinsen berichtet, dass ein neuer Werkleiter für die Entsorgungsbetriebe gefunden sei und dieser seine Stelle voraussichtlich zum 1. September antreten werde.

**zu 3.2.1 Situation der Ausländerbehörde**

Vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen.

**zu 3.3 Beantwortung von Anfragen**

**zu 3.3.1 Antwort auf die mündliche Anfrage AM Mauritz (CDU): Unterhaltungskosten Feuerlöschteiche**

Herr Köstler berichtet, dass die Daten noch nicht vollständig erhoben werden konnten und betont, es werde kein Feuerlöschteich abgegeben, bis die Ergebnisse vorlägen. Die Stadtplanung kann pauschal nichts über eine spätere Nutzung sagen, da die Grundstücke von der Lage und der Nutzbarkeit sehr unterschiedlich seien. Das müsse individuelle durchgesprochen werden.

**zu 3.3.2 Antwort auf die mündliche Anfrage von AM Rüter (CDU): Einweihung der AWO Begegnungsstätte tea & talk**

Die Einladungen für die Einweihung seien durch den Fachbereich 2 versandt worden und auch die Anlieger seien zu einem Austausch eingeladen, gibt Herr Hinsen bekannt.

## zu 3.4 Neue Anfragen

Antworten nach der Sitzung zum Protokoll

### zu 3.4.1 AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Bevölkerungsschutz durch Öffentlichkeitsarbeit verbessern Vorlage: VO/2023/11954

Das Thema Blackout beschäftigt seit Beginn des Krieges in der Ukraine und der damit verbundenen Verknappung des Energieträgers Erdgas, welches auch zur Stromerzeugung verwendet wird, viele Kommunen. Die Hansestadt Lübeck hat Vorkehrungen getroffen und kommuniziert diese über die Homepage der Stadt unter [www.luebeck.de/sicherheit](http://www.luebeck.de/sicherheit). So ist vorgesehen, im Falle eines Blackouts, die 22 Gerätehäuser der Freiwilligen Feuerwehr zu besetzen um der Bevölkerung einen Anlaufpunkt zum Absetzen eines Notrufes bereitzustellen. Mit dem Stadtverkehr laufen bereits Gespräche, um die Anzahl der Notanlaufpunkte mittels Linienbussen noch zu erhöhen und diese auch bei Bedarf als Informationspunkte zu nutzen. Mit der Polizei steht die Feuerwehr in regelmäßigem Austausch, um Tätigkeitsschwerpunkte und Maßnahmen abzugleichen. Die Einrichtung von Standorten zur medizinischen Versorgung und Verpflegung (Wärmehallen) ist derzeit nicht vorgesehen. Über das modulare Warnsystem (MoWaS) können von der Leitstelle der Feuerwehr wichtige Informationen auch bei einem Stromausfall z.B. an die Radiosender übertragen werden. Ebenfalls zur Warnung und Information der Bürger:innen ist die Beschaffung von 30 mobilen Sirenen eingeleitet. Über weitergehende Maßnahmen entscheidet der bei einer solchen Lage gebildete operativ-taktische Stab situativ in Zusammenarbeit mit der Verwaltungsspitze. Bei dem Szenario eines länger andauernden und flächendeckenden Stromausfalls ist die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung gefragt. Für die persönliche Vorsorge verweist die Hansestadt Lübeck daher auch auf die Informationen des BBK mittels Verlinkung auf der Homepage der Hansestadt.

#### Anfrage:

In verschiedenen Städten (Braunschweig, Celle, Krefeld) sind Infomaterialien für die Bevölkerung herausgegeben worden, in denen darüber informiert wird, wie Einwohner:innen sich bei einem Blackout verhalten sollten.

Zudem wurden teilweise "Leuchttürme" eingerichtet, die im Falle eines Blackouts oder einer anderen Katastrophe Dienstleistungen wie medizinische Grundversorgung, Beratung, warme Getränke, ordnungsbehördliche Leistungen und weitere angepasste Dienstleistungen der Stadtverwaltung sowie der Polizei anbieten.

Sind derartige Angebote auch für Lübeck vorgesehen?

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.4.2 AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Umweltbelastungen durch Feuerwehrübungen**  
Vorlage: VO/2023/12036

**1. Sind diese Übungen dem Fachbereich bekannt?**

Ja, die Feuerwehr Lübeck nimmt an den durch die Trave Netz angebotenen Trainings teil. Die Leitstelle Lübeck wird i.d.R. durch den Betreiber darüber informiert, dass eine Übung durchgeführt wird. Hierdurch soll Fehleinsätzen der Feuerwehr vorgebeugt werden.

**2. Waren dafür besondere Erlaubnisse notwendig?**

Die Berufsfeuerwehr Lübeck ist die ordnungsgebende Behörde. Alle Übungen mit feuerwehrtechnischen Hintergrund müssen durch die Abteilung „Vorbeugender Brandschutz“ freigegeben werden, dieses ist erfolgt. Weitere Mitteilungen bzw. Genehmigungen anderer unterer oder oberer Behörden waren nicht notwendig.

**3. Mit welchen Löschmitteln wurde geübt? Welche Mengen wurden verbraucht?**

Es wurde überwiegend mit Wasser ohne Zusätze (ca. 5 qm Wasser) und teilweise mit ABC Pulverlöscher (ca. 30 kg Pulver auf Selikatbasis (biologisch abbaubar) gelöscht.

**4. Welche Schutzmaßnahmen wurde ergriffen, um zu vermeiden, dass die Löschmittel oder ihre Reste in die Umwelt, insbes. das Grundwasser oder den Boden gelangen?**

Der Boden der Gaslöschstrecke ist versiegelt, Rückstände werden bei Bedarf aufgefangen und separat über ein Fach-Entsorgungsunternehmen entsorgt.

**5. Welche Feuerwehren aus Lübeck haben daran teilgenommen**

Die Grundausbildung sowie die Wachabteilungen der Berufsfeuerwehr haben teilgenommen

**6. Mussten auf dem Stadtwerke Gelände zur Vorbereitung für die Übungen Maßnahmen getroffen werden (wie zum Beispiel Fällen von Bäumen)?**

Nein, es mussten keinerlei Vorbereitungen getroffen werden. Es wurden keine Bäume gefällt bzw. zurückgeschnitten.

**7. Ist geplant, diese Übungen fortzusetzen? Wenn ja in welchem Umfang?**

Die Bekämpfung von Gasbränden ist Bestandteil der Ausbildung von Brandmeister Anwärtern und Brandmeister Anwärterinnen und wird zukünftig jährlich an der Anlage der Trave Netz trainiert. Gleiches gilt für regelmäßige Fortbildungen der Feuerwehr Lübeck.

**Anfrage:**

Auf dem Gelände des BHKW Vorderteichweg der Stadtwerke Lübeck in Kücknitz sollen im vergangenen Jahr Gaslöschstrecken-Übungen stattgefunden haben. Anwohner beklagten sich über verschiedene Belastungen durch die Übungen. Dazu folgende Fragen:

- Sind diese Übungen dem Fachbereich bekannt?
- Waren dafür besondere Erlaubnisse notwendig?
- Mit welchen Löschmitteln wurde geübt? Welche Mengen wurden verbraucht?
- Welche Schutzmaßnahmen wurde ergriffen, um zu vermeiden, dass die Löschmittel oder ihre Reste in die Umwelt, insbes. das Grundwasser oder den Boden gelangen?
- Welche Feuerwehren aus Lübeck haben daran teilgenommen?
- Mussten auf dem Stadtwerke Gelände zur Vorbereitung für die Übungen Maßnahmen getroffen werden (wie zum Beispiel Fällen von Bäumen)?
- Ist geplant, diese Übungen fortzusetzen? Wenn ja in welchem Umfang.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.4.3 Anfrage des AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Bericht über den Sachstand zum Gewässerunterhaltungsplan der Medebeck  
Vorlage: VO/2023/12009**

Ein Gewässerentwicklungsplan liegt noch nicht vor. Dies wird noch dauern. Erst ist eine Hydraulik des Gewässers zu erstellen, die ggf. im Laufe des Jahres, ggf. auch erst im nächsten vorliegt. Hierzu gibt es im März einen Abstimmungstermin zwischen LPA, EBL und UWB. Darauf aufbauend könnte dann erst die Entwicklungsplanung des Gewässers erfolgen.

Während einer Gewässerbegehung am 22.02.23, an dem alle Beteiligten teilnahmen, wurde festgehalten, dass keine akuten Gewässerunterhaltungsmaßnahmen durchgeführt werden müssen, jedoch eine regelmäßige Gewässerbegehung notwendig ist, um regelmäßig die Sachlage zu beurteilen. Erst mit Vorlage einer Hydraulik kann eine genaue Beurteilung der Sachlage erfolgen und können dann sinnvolle Maßnahmen erarbeitet und umgesetzt werden.

**Anfrage:**

Liegt der Entwicklungsplan inzwischen in abgestimmter Form vor?

Wenn nicht, wann ist damit zu rechnen?

Wenn nicht, wo liegen die komplexen Anforderungen?

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.4.4 Anfrage des AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Teilnahme der Stadt Lübeck am "Papieratlas"  
Vorlage: VO/2023/12007**

Die Hansestadt Lübeck hat vor dem Hintergrund der Teilnahmebedingungen die Strukturen überprüft. Hier bedarf es weiterer Prozessveränderungen, um erfolgreich am Papieratlas

teilnehmen zu können. Der Bürgermeister hat strukturelle Veränderungen für die Verwaltung beauftragt. Eine Teilnahme ist für 2024 vorgesehen.

### Anfrage:

In der 18. Sitzung des USO 2021 vom 11.5.21 wurde auf meine Frage nach der Beteiligung am Papieratlas und den Ergebnissen für Lübeck geantwortet, dass...

"...die Teilnahme am „Papieratlas“ aufgrund anderer Prioritäten nicht möglich gewesen sei, aber zukünftig beabsichtigt sei. Konkrete Papierverbrauchszahlen seien aufgrund der dezentralen Beschaffung nicht bekannt."

Dem Newsletter des Deutschen Städtetages vom 2.3.23 ist zu entnehmen, „...die Papieratlas Wettbewerbe 2023 sind gestartet. Die Teilnahme für Städte, Landkreise und Hochschulen ist bis zum 31. März 2023 möglich."

Wird die Stadt Lübeck in diesem Jahr am Wettbewerb teilnehmen?

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

### zu 3.4.5 Anfrage AM Hans-Jürgen Martens (DIE LINKE): Mehrweg-Angebotspflicht Vorlage: VO/2023/12061

Noch wird die Mehrweg-Angebotspflicht nicht kontrolliert, sondern es wird auf intensive Öffentlichkeitsarbeit gesetzt. Informationen wurden/werden unter anderem beim Runden Tisch „Wir für Mehrweg“ sowie der „Lübecker Schüsselschau“ und auf der Internetseite gegeben.

<https://www.luebeck.de/de/stadtentwicklung/klimaschutz/wir-fuer-mehrweg/>.

Die Lebensmittelkontrolleure verteilen bei ihren Kontrollen Flyer. Außerdem wurde ein Plakatwettbewerb der Initiative „Wir für Mehrweg“ für Schüler ins Leben gerufen.

Es ist eine Pressemitteilung geplant, wann mit den Kontrollen begonnen werden wird.

### Anfrage:

1. Wie wird in Lübeck die Mehrweg-Angebotspflicht kontrolliert und durchgesetzt?
2. Wie viele Mitarbeiter:innen in der Stadtverwaltung sind mit der Umsetzung und Durchsetzung der Mehrweg-Angebotspflicht betraut?
3. Gibt es seit Januar 2023 Einnahmen aus Strafzahlungen weil Verstöße gegen die Mehrweg-Angebotspflicht festgestellt wurden?

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

<b>zu 4      Berichte</b>
---------------------------

<b>zu 5      Beschlussvorlagen</b>
------------------------------------

<b>zu 5.1      Feuerwehrbedarfsplan der Hansestadt Lübeck / Personalbemessung für die Wachabteilungen und die Einsatzleitstelle der Feuerwehr Vorlage: VO/2022/11764</b>
--

Herr Hinsen verweist darauf, dass es sich um eine Pflichtaufgabe der Hansestadt Lübeck handele eine leistungsfähige Feuerwehr vorzuhalten. Herr Köstler berichtet, dass die letzte Bedarfsplanung 2001 erstellt worden sei. Er stellt den Gutachter Sven Ohrem von der Luelf Sicherheitsberatung GmbH vor. Herr Ohrem erläutert anhand einer Präsentation das erstellte Gutachten. Es werden Fragen von den Ausschussmitgliedern Mauritz, Zahn, Müller und Schüler gestellt. Herr Hinsen, Herr Köstler und Herr Ohrem antworten. AM Mauritz möchte, dass der Bedarfsplan nur als Zwischenbericht angesehen werde. Herr Hinsen betont, mit der Zustimmung zu Punkt 2 sei noch keine Stelle geschaffen, es werde damit lediglich eine Tendenz vorgegeben.

AM Mauritz beantragt eine 5-minütige Pause. Herr Zahn beantragt über die Punkte einzeln abzustimmen.

**Der Antrag wird mit 12 Ja-Stimmen angenommen.  
(AM Mauritz bei der Abstimmung nicht anwesend.)**

Die Vorsitzende unterbricht die Sitzung um 18:01 – 18:10 Uhr und lässt sodann über die Vorlagen in Einzelpunkten abstimmen

**Beschluss:**

- Der Feuerwehrbedarfsplan 2022 der Hansestadt Lübeck (Anlage 1), ergänzt um das Gutachten „Evaluation der Personalbedarfsbemessung für den Dispositionsbetrieb der integrierten Leitstelle Lübeck, Stand 31.01.2023“ (Anlage 2) und das Gutachten „Personalwirtschaft Berufsfeuerwehr, Stand 31.01.2023“ (Anlage 3) wird zur Kenntnis genommen.
- Der Bürgermeister wird beauftragt, zur ausreichenden Ausstattung der Feuerwehr mit Personal die nachfolgenden Planstellenneuschaffungen entsprechend der zeitlichen Verteilung in die Stellenplanverfahren der nächsten Jahre einzubringen:

- a. Stellenmehrbedarf aufgrund Neuberechnung der Personalwirtschaft in den Wachabteilungen  
= 10 Planstellen Besoldungsgruppe A 8 (1 \* A 8 ab 2025, 9 \* A 8 ab 2026)  
= 4 Planstellen Besoldungsgruppe A 9 (LG 1.2) ab 2025
- b. Stellenmehrbedarf durch die zusätzliche Funktion Führungsassistent:in  
= 5 Planstellen Besoldungsgruppe A 9 (LG 1.2) ab 2025
- c. Empfohlener ergänzender Stellenbedarf zur Kompensation des Personalausfalls infolge der Vollausbildung zum Notfallsanitäter / zur Notfallsanitäterin in den Wachabteilungen (Ausgleichsstellen)  
= 4 Planstellen Besoldungsgruppe A 7 ab 2024
- d. Stellenmehrbedarf aufgrund Neuberechnung der Personalwirtschaft in der Leitstelle  
= 1 Planstelle Besoldungsgruppe A 9 Z (LG 1.2) ab 2024  
= 2 Planstellen Besoldungsgruppe A 9 (LG 1.2) ab 2024
- e. Stellenmehrbedarf aufgrund der Ausweitung der Tischbesetzzeiten in der Leitstelle  
= 6 Planstellen Besoldungsgruppe A 9 (LG 1.2) ab 2024

Der Bürgermeister wird beauftragt, die tatsächliche und finanzielle Möglichkeit einer mittelfristigen Verlagerung des Standortes der Feuerwache 4 durch einen Neubau im Bereich Wesloer Straße / Kirschenallee / Schlutuper Straße zu prüfen und ggf. einen neuen Standort für das Feuerlöschboot zu prüfen.

<b>Abstimmung in Einzelpunkten als Empfehlung für die Bürgerschaft</b>	einstimmige Annahme		
	einstimmige Ablehnung		
	Ja-Stimmen		
	Nein-Stimmen		
	Enthaltungen		
	Kenntnisnahme		
	Vertagung		
	Ohne Votum		

**Punkt 1:** einstimmige Annahme

**Punkt 2:**

- 9 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, keine Enthaltung
- 9 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, keine Enthaltung
- einstimmige Annahme
- 9 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, keine Enthaltung
- 9 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, keine Enthaltung

**Punkt 3:** 3 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

**zu 5.2 Gemeinsame kooperative Leitstelle mit der Polizei in einem Neubau der Feuerwache 2 und Neubau der Notfallsanitäterschule  
Vorlage: VO/2022/11745**

Herr Hinsen beantragt eine Vertagung in eine gemeinsame Sitzung mit dem Bauausschuss. Ein Termin müsse noch gefunden werden. Es sprechen AM Müller, AM Mauritz und AM Höfel. AM Zahn bittet für die Notfallsanitäter-Schule eine eigene Vorlage zu erstellen.

**Beschluss:**

1. Der Bürgermeister wird beauftragt:

- a) mit der Erstellung einer Entwurfsunterlage-Bau (EW- Bau) für einen Neubau der Feuerwache 2 mit kooperativer Leitstelle gemeinsam mit der Polizei auf dem Grundstück Welsbachstraße 2 unter Berücksichtigung des aktualisierten Raumbedarfes der Feuerwehr (Stand Januar 2023).
- b) ein geeignetes Grundstück für die Interims-Wache bei Neubau der Feuerwache 2 zu finden und vertraglich (z. B. im Rahmen eines Kauf-, Miet- oder Pachtvertrags) zu sichern sowie die Herrichtung der Wache herzustellen. Hierüber wäre je nach Vertragsinhalt der Bürgerschaft / dem Hauptausschuss eine Beschlussvorlage entgegenzubringen.
- c) mit dem Land in weitere Gespräche über die Finanzierung und Förderung einzutreten.
- d) regelmäßig im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung und im Bauausschuss über den Projektfortschritt zu berichten.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, mit der Bundesagentur für Arbeit Verhandlungen über eine Grundstückserweiterung der Welsbachstraße 2 aufzunehmen. Der Bürgerschaft ist eine Ankaufsvorlage über den beabsichtigten Grundstückserwerb, zum Verkehrswert oder unter gleichwertigen Bedingungen, von der Bundesagentur für Arbeit, entgegenzubringen.
3. Dem Neubau einer Notfallsanitäterschule am Standort Bornhövedstraße wird im Grundsatz zugestimmt. Der Bürgerschaft ist eine entsprechende Bau- und Kostenplanung vorzulegen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 5.3 "Neubau Feuerwehrgerätehaus Kronsforde": Projektfreigabe und Aufhebung eines für das Haushaltsjahr 2023 bestehenden Sperrvermerkes  
Vorlage: VO/2023/11961**

BM Stolzenberg fragt, ob die Klimaschutzziele berücksichtigt worden seien. Dies wird bestätigt. Das Dach werde extensiv begrünt und mit einer Photovoltaik-Anlage ausgeführt. Herr Klempau ergänzt es sei eine Erdwärmepumpe geplant.

Ergänzung durch den FB 5 im Nachgang zur Sitzung: Es handelt sich um eine Luft-Wärmepumpe. Der Wärmeschutznachweis wurde nach Gebäudeenergiegesetz (GEG 20) ausgelegt.

**Beschluss:**

- 1.) Der Bürgermeister wird ermächtigt mit dem Neubau des „Feuerwehrgerätehaus in Kronsforde“ auf der Grundlage der vorliegenden EW-Bau zu beginnen (**Hauptausschuss**).

2.) Der bei dem Produktsachkonto 111029 537 7851000 Feuerwehrgerätehaus FFW Kronsförde bestehende Sperrvermerk gem. § 12 Abs. 2 GemHVO-Doppik wird aufgehoben. Die Haushaltsmittel in Höhe von 300.000,00 EUR werden gleichzeitig freigegeben (**Bürgerschaft**).

<b>Abstimmungsergebnis als Empfehlung für die Bürgerschaft</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.4 Masterplan Klimaschutz  
Vorlage: VO/2023/11957**

Herr Hinsen leitet ein, der Masterplan zeige auf, wie die verschiedenen Aktivitäten der kommenden Jahre stufenweise aufeinander aufbauen, welche Akteure zu beteiligen und welche Ressourcen für die Realisierung von Maßnahmen einzuplanen seien. Der Plan sei als Werkzeugkasten zu verstehen. Herr Hinsen appelliert die Möglichkeit zu nutzen, sich aktiv im weiteren Prozess einzubringen. Es wird angeboten den Masterplan in den Fraktionen vorzustellen Herr Hinsen dankt dem Team der Klimaleitstelle für die umfangreiche Arbeit. Frau Hartmann und Frau Schäfers erläutern weiter den Masterplan. Es äußern sich die Ausschussmitglieder Dr. Lengen, Müller, Zahn, Mählenhoff und Schüler sowie das Bürgerschaftsmitglied Stolzenberg.

**Beschluss:**

Der Bürgermeister wird beauftragt, den Masterplan Klimaschutz gem. Anlage 1 und 2 umzusetzen und fortzuschreiben. Hierzu werden zur Umsetzung der Maßnahmen den zuständigen Gremien notwendige Beschlussvorlagen entgegengebracht. Der Bürgerschaft und dem Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung ist regelmäßig über die Umsetzung des Masterplans zu berichten.

<b>Abstimmungsergebnis als Empfehlung für die Bürgerschaft</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	12
	Nein-Stimmen	1
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.5 Auflösung eines Stadtgutes  
Vorlage: VO/2022/11085**

Herr Hinsen erläutert, dass es bei der Vorlage um die Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses „Aufforstung von 100 ha Wald und 1 Millionen Bäume gehe. AM Mauritz drängt

darauf den Bürgerschaftsbeschluss zeitnah umzusetzen. Es seien noch ca. 42 ha aufzufors-  
ten, wenn man Vorrade mit einbeziehe. Es diskutieren AM Zahn, Röttger und Marx.

AM Zahn beantragt die Streichung des Halbsatzes „sofern keine städtische Folgenutzung  
möglich ist.“ im 5. Absatz.

Die Vorsitzende lässt über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschluss:**

- Das Stadtgut Niendorf wird aufgelöst.
- Ca. 50 ha landwirtschaftliche Nutzfläche (Acker) wird zum 01.09.2023 an den Bereich  
Stadtwald zur Aufforstung übertragen.
- Ca. 41 ha landwirtschaftliche Nutzfläche (Acker und Grünland) wird inclusive eines  
ggf. für ein/n Pächter/in erforderlichen Gebäudebestandes im Rahmen einer Aus-  
schreibung zur ökologischen Nutzung unter Einbeziehung zu erstellender Agroforst-  
elemente verpachtet.
- Die nicht mehr von einem/r Pächter/in genutzten und zum großen Teil unter Denk-  
malschutz stehenden Gebäude auf der Hofstelle, insbesondere das ehemalige Päch-  
terwohnhaus und die ehemaligen, derzeit vermieteten Arbeiterhäuser, werden unter  
Beteiligung der Bereiche Stadtplanung und Bauordnung sowie Archäologie und  
Denkmalpflege ausgeschrieben und veräußert.
- Die vom jetzigen Pächter erstellte und betriebene Biogasanlage wird von diesem  
längstens bis zum Ende der befristeten Genehmigung, also bis zum 31.12.2027, wei-  
ter betrieben und dann von ihm auf seine Kosten entfernt, sofern keine städtische  
Folgenutzung möglich ist.
- Dem jetzigen Pächter wird für die Aberntung der gepachteten Flächen die Möglichkeit  
eröffnet, die Flächen über das Ende der Pachtzeit am 30.06.2023 hinaus gegen Zah-  
lung einer entsprechenden Pacht bis zum 31.08.2023 zu nutzen.
- Im Zuge der Aufforstung und Neuverpachtung sollen die Flächen für eine naturver-  
trägliche Naherholung durch die Anlage von Wanderwegen erschlossen werden, so-  
fern hierfür die nötigen Haushaltsmittel bereitgestellt oder Spenden hierfür eingewor-  
ben werden können.

Die Bürgerschaft stimmt der Auflösung eines Stadtgutes unter den genannten Maßgaben zu.

**Beschluss in geänderter Fassung:**

5. Die vom jetzigen Pächter erstellte und betriebene Biogasanlage wird von diesem längs-  
tens bis zum Ende der befristeten Genehmigung, also bis zum 31.12.2027, weiter betrieben  
und dann von ihm auf seine Kosten entfernt. ~~sofern keine städtische Folgenutzung möglich  
ist.~~

<b>Abstimmungsergebnis in geänderter Fassung als Empfehlung für die Bürgerschaft</b>	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	

**zu 5.6 142. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Teilbereich Moisling Süd - abschließender Beschluss  
Bebauungsplan 21.09.00 - Moisling Süd/ Solarpark - Satzungsbeschluss  
Vorlage: VO/2023/11877**

Frau Hartmann bestätigt auf Anfrage von AM Müller, dass die Vorlage mit den Bereichen abgestimmt worden sei. Keine weiteren Wortmeldungen.

**Beschluss:**

1. Die während der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) und der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB zum Entwurf der 142. Änderung des Flächennutzungsplanes und zum Entwurf des Bebauungsplanes 21.09.00 – Moisling Süd/ Solarpark – abgegebenen Stellungnahmen der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck geprüft und in die Abwägung eingestellt.

Der Bericht zur Prüfung und Abwägung der im Rahmen der durchgeführten Beteiligungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 1) gebilligt.

Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Die 142. Änderung des Flächennutzungsplanes wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 3) beschlossen.

Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 4) gebilligt.

3. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die Änderung des Flächennutzungsplanes dem Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein gemäß § 6 Abs. 1 BauGB zur Genehmigung vorzulegen.

4. Auf Grund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie nach § 84 der Landesbauordnung wird der Bebauungsplan 21.09.00 – Moisling Süd/ Solarpark – in der vorliegenden Fassung (Anlage 5) als Satzung beschlossen.

Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 8) gebilligt.

6. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die Erteilung der Genehmigung der 142. Änderung des Flächennutzungsplanes gemäß § 6 Abs. 5 BauGB sowie

den Beschluss des Bebauungsplanes durch die Bürgerschaft gemäß § 10 Abs. 3 BauGB sowie die Berichtigung des Flächennutzungsplans ortsüblich bekannt zu machen.

<b>Abstimmungsergebnis als Empfehlung für Bürgerschaft</b>	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.7      Bebauungsplan 32.61.00 - Neue Teutendorfer Siedlung / Am Dreilingsberg -  
Satzungsbeschluss  
134. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Teilbereich Neue Teuten-  
dorfer Siedlung - abschließender Beschluss  
Vorlage: VO/2023/11965**

AM Zahn befürwortet die Vorlage wegen der bestehenden Wohnungsnot. Es sprechen AM Mauritz und AM Zahn. Fr. Mählenhoff erklärt man habe im Bauausschuss nicht zugestimmt, da es eine Entlassung aus dem Landschaftsschutzgebiet zur Folge habe.

#### **Beschluss:**

1. Die während der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) und der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB zum Entwurf der 134. Änderung des Flächennutzungsplanes und zum Entwurf des Bebauungsplanes 32.61.00 – Neue Teutendorfer Siedlung / Am Dreilingsberg – sowie die in der nachfolgenden eingeschränkten Beteiligung nach § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB zu Änderungen des ausgelegten Bebauungsplanentwurfes abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und der sonstigen Träger öffentlichen Belange hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck geprüft und in die Abwägung eingestellt. Gleiches gilt für die Stellungnahmen aus vorangehenden Beteiligungsverfahren nach den §§ 3 und 4 BauGB, soweit sie für die Abwägungsentscheidung zu den Bauleitplänen noch von Belang sind.

Der Bericht zur Prüfung und Abwägung der im Rahmen der durchgeführten Beteiligungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 1) gebilligt.

Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Die 134. Änderung des Flächennutzungsplanes wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 2) beschlossen.

Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 3) gebilligt.

3. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die Änderung des Flächennutzungsplanes dem Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein gemäß § 6 Abs. 1 BauGB zur Genehmigung vorzulegen.
4. Auf Grund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie nach § 84 der Landesbauordnung wird der Bebauungsplan 32.61.00 – Neue Teutendorfer Siedlung / Am Dreilingsberg – in der vorliegenden Fassung (Anlage 4) als Satzung beschlossen.

Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 7) gebilligt.

5. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die Erteilung der Genehmigung der 134. Änderung des Flächennutzungsplanes gemäß § 6 Abs. 5 BauGB sowie den Beschluss des Bebauungsplanes durch die Bürgerschaft gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

<b>Abstimmungsergebnis als Empfehlung für die Bürgerschaft</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	9
	Nein-Stimmen	2
	Enthaltungen	2
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

## zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

### zu 6.1 CDU: Neue Regelungen für den Grünstrand Vorlage: VO/2022/11497

Keine Wortmeldung

#### **Beschluss:**

Die Bürgerschaft beauftragt den Bürgermeister, bis zum November des laufenden Jahres Eckpunkte für ein Konzept mit unterschiedlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Situation am Grünstrand und am Kurstrand in Travemünde vorzulegen.

Die Situation ist in der laufenden Saison erneut dadurch gekennzeichnet, dass auf dem Grünstrand und auch auf dem Kurstrand zuletzt häufiger Gruppen dadurch auffallen,

- dass gegrillt wird und / oder Zelte errichtet werden,
- dabei anfallender Müll einfach liegengelassen wird,

- Strandbesucher, Strandkorbvermieter, Passanten und Gäste angrenzender Gastronomie-Betriebe bepöbelt und bedroht werden,
- dass mittlerweile sogar auf der Kurpromenade und benachbarten Grünflächen (Brüggmanngarten und Eselswiese) decken, Gaskocher u.s.w ausgebreitet werden.

Dem ist entgegenzuwirken.

Der Bürgermeister wird aufgefordert,

- an der Aufstellung des Konzeptes mindestens den Kurbetrieb, das Ordnungsamt und das Polizeirevier Travemünde zu beteiligen;
- zu prüfen, ob die Ausweisung des Grünstrandes als städtische Parkanlage statt als (Grün-)Strand erforderlich und geeignet ist, eine Rechtsgrundlage zu schaffen, auf der den beschriebenen Missständen wirksam abgeholfen werden kann;
- zu prüfen, ob im Zusammenhang damit auch die bestehende Strandsatzung anzupassen ist;
- die Ausweisung des nördlichen Teils der Kaiserallee als temporäre Einbahnstraße aufzuheben und ein generelles Parkverbot in diesem Bereich anzuordnen.

Besonderes Augenmerk soll dabei darauf gerichtet werden, dass

- auf dem gesamten Grünstrand das Grillen untersagt wird und bestehende gemauerte Grillstellen zurückgebaut werden;
- auf dem gesamten Grünstrand und Kurstrand das Mitbringen und Aufstellen von Zelten, Strandmuscheln, größeren Sonnenschirmen, Strandliegen und vergleichbaren Gegenständen spätestens ab Sonnenuntergang verboten und auch tatsächlich unterbunden wird;
- das Ablegen, Ausbreiten und auch nur vorübergehenden Lagern von Gegenständen wie Gaskochern, Decken, Picknickbedarfsartikel, etc. auf der Promenade und Grünflächen in deren Umfeld (etwa im Brüggmanngarten und Eselswiese) unterbunden wird;
- dass das Zurücklassen von Müll und / oder Gegenständen der unter b) bezeichneten Art verboten wird und mit empfindlichen Bußgeldern belegt wird;
- im gesamten Badebereich vor dem Grün- und Kurstrand die Nutzung von Motorbooten, ausgenommen der Boote der DLRG oder von Rettungsdiensten, verboten und mit empfindlichen Bußgeldern belegt wird;
- Zu widerhandlungen gegen a) bis e) als Ordnungswidrigkeiten mit spürbaren Bußgeldern belegt werden, die dann auch ab dem erstmaligen verstoß verhängt werden sollen;
- das einseitige Parken auf dem nördlichen Teil der Kaiserallee unterbunden wird, etwa durch Aufhebung der saisonalen Einbahnstraßenregelung und Durchsetzung eines dort anzuordnenden Parkverbotes.

Der Bürgermeister möge der Bürgerschaft bis zur Novembersitzung ein Konzept zumindest mit diesen wesentlichen Eckpunkten und entsprechende Satzungs- oder Satzungsänderungsentwürfe entgegenbringen

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 6.2 Dringlichkeitsantrag:  
BfL - "Sichere Zäune für Nutz- und Wildtiere"  
Vorlage: VO/2023/11838**

Der Antrag wurde vor Eintritt in die Tagesordnung der 38. Sitzung der Bürgerschaft zur abschließenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung überwiesen.

Herr Hinsen erläutert, der Antrag sei in sich nicht schlüssig und gibt die Empfehlung sich fachlichen Rat beim Stadtwald zu holen und danach den Antrag ggf. neu zu stellen. AM Zahn plädiert für Ablehnung, Herr Baeskow habe in der Februar-Sitzung ausführlich berichtet. AM Blum hat keine Anmerkungen zu dem Antrag.

**Beschluss:**

*Der Bürgermeister wird gebeten, die Bürgerschaft möge beschließen,*

***auf städtischen Liegenschaften nur noch sichere Zäune für Nutz- und Wildtiere zu errichten. Außerdem mögen weiterhin neue Regeln für die Errichtung auch privater Zäune erstellt werden:***

- *Zäunung nur solange beibehalten, wie sie ihren Zweck erfüllt.*
- *Umzäunte Flächen sollten zwischen ihnen zaunfreie Passagen von mind. 20 m Breite offenlassen, um beispielsweise einen Wildwechsel zu ermöglichen. Wildtiere scheuen sich oft, enge Durchgänge zu benutzen. Mehrere umzäunte Parzellen nebeneinander können ganze Landschaften für Wildtiere unbenutzbar machen.*
- *Zäune müssen regelmäßig und in ihrem gesamten Verlauf kontrolliert werden.*
- *U-förmige Grundrisse und spitze Winkel sind zu vermeiden, da sie die Flucht eingedrungener Wildtiere (Rehe, Hirsche, Gämsen) verhindern.*
- *Zäune in den Farben blau-weiß und schwarzgelb und solche mit eingeflochtenen (blauen) Warnbändern oder mit Flatterbändern, sind den für das Wildtierauge schlecht sichtbaren Zäunen in Orange, Rot oder Gelb und solchen ohne Warn- oder Flatterbänder vorzuziehen. Dies ist bei Erst- und Ersatzbeschaffungen unbedingt zu beachten.*
- *Stirbt ein Tier in einem nicht fachgerecht montierten/verwendeten Zaun, kann der Eigentümer des Zaunes wegen Verstoßes gegen das Tierschutzgesetz belangt werden.*

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	10
	Enthaltungen	3
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.3 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Förderprogramm Fernwärme  
Vorlage: VO/2023/11901**

Herr Hinsen bittet um Zurückstellung und die gemeinsame Behandlung des Antrags mit der Kommunalen Wärmeplanung.

**Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung einstimmig einverstanden.**

**Beschluss:**

Der Bürgermeister wird beauftragt, der Bürgerschaft bis September 2023 ein Förderprogramm für die Steigerung der Anschlüsse in den bestehenden Fernwärmenetzen zur Entscheidung vorzulegen.

Die finanziellen Mittel für dieses Programm sind im Haushaltsvoranschlag der Verwaltung für 2024 zu veranschlagen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern**

**zu 7.1 AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): DRINGLICHKHEITSANTRAG: Fördermittelmanagement für den Fachbereich 3 umgehend einrichten  
Vorlage: VO/2023/11866**

Herr Hinsen erläutert, dass es sich in dem Antrag um zwei verschiedene Planstellen handle:

- eine Planstelle für das Fördermittelmanagement, die im Fachbereichscontrolling des Fachbereiches 3 angesiedelt werde.
- eine andere Planstelle für das Quartier Marli/ Sanierungsmanagement, die der Klimaleitstelle zugeordnet sein wird

Beide Planstellen seien bereits in Arbeit.

**AM Mählenhoff zieht den Antrag zurück**

**Beschluss:**

1. DIE GRÜNEN fordern den Bürgermeister auf, die umgehende Besetzung der lt. Stellenplan vorgesehenen Stelle für Fördermittelmanagement im FB 3 sicherzustellen.
2. Die Stellenbesetzung soll sodann vorrangig dazu dienen, Fördermittel zu akquirieren, um die energetischen Quartierskonzepte zügig für weitere Stadtteile zu entwickeln.
3. Die Stellenbesetzung soll bis August 2023 abgeschlossen sein.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	

	Vertagung	
	Ohne Votum	X

**zu 7.2 AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Schaffung einer Technikerstelle zur Unterstützung der Landesranger  
Vorlage: VO/2023/12008**

AM Mählenhoff erläutert ihren Antrag. Es äußert sich AM Zahn. BM Stolzenberg schlägt vor den ehrenamtlichen Naturschutzdienst wiedereinzuführen. Herr Hinsen erwidert, die Ranger hätten hoheitliche Aufgaben. Es sei möglich Ehrenamtler mit hoheitlichen Aufgaben zu betrauen, er sehe aber die Befugnisse als kritisch an. Frau Hartmann antwortet, es habe bislang keine konkreten Überlegungen gegeben.

**Beschluss:**

Wie im Umweltausschuss bereits mehrfach berichtet wurde, stehen die vom Land ab 2023 eingesetzten zwei Ranger nur bedingt im Sinne des Naturschutzes für die Stadt Lübeck zur Verfügung.

Um deren Arbeit zu unterstützen wird der Bürgermeister beauftragt, eine Technikerstelle in der Unteren Naturschutzbehörde mit dem nächsten Haushaltsjahr zu schaffen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	3
	Nein-Stimmen	9
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 7.3 Antrag des AM Stefan Höfel (Die Unabhängigen): Beitritt zur Städteinitiative "Lebenswerte Städte und Gemeinden"  
Vorlage: VO/2023/12032**

Die Vorsitzende weist auf die fehlende Zuständigkeit des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung hin. AM Höfel beanstandet, dass ihm dies nicht bereits im Vorwege mitgeteilt worden sei. Der Ausschuss stimmt sodann über den Antrag ab.

**Beschluss:**

Die Hansestadt Lübeck tritt der Städteinitiative „Lebenswerte Städte und Gemeinden“ bei.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	1
	Nein-Stimmen	11
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	

	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 7.4 Anfrage des AM Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen): Fachgerechter Abbau von Wildschutzzäunen  
Vorlage: VO/2023/11883**

Wurde von der Tagesordnung abgesetzt

**Beschluss:**

- Welche rechtlichen Verpflichtungen gibt es zum Rückbau nicht mehr erforderlicher oder beschädigter Wildschutzzäune?
- Auf welchen städtischen Flächen sind Wildschutzzäune nach den vertraglichen Vereinbarungen bis zu welchem Zeitpunkt abzubauen?
- Auf welchen Flächen sind Wildschutzzäune nicht mehr ordnungsgemäß in Betrieb und stellen für Wildtiere eine Gefahr dar?
- Wie ist das Arbeitsprogramm bzw. der Zeitplan zum Rückbau der abgängigen Wildschutzzäune?

Es wird um eine Übersichtskarte mit Markierung der umzäunten Flurstücke gebeten.

**zu 7.5 Antrag des AM Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen): Abbau von Wildschutzzäunen am Heckbergweg und am Gutsweg  
Vorlage: VO/2023/12033**

BM Stolzenberg äußert sich überrascht, dass es kein Kataster für die Wildschutzzäune gebe. Herr Hinsen berichtet, dass sich beide Zäune bereits seit Februar 2023 in der Abbauphase befinden und noch im auslaufenden Winter/frühes Frühjahr vollständig vom Stadtwald-Personal abgebaut werden. Er schlägt vor den Antrag zurückzuziehen. BM Stolzenberg hält den Antrag aufrecht und die Vorsitzende lässt darüber abstimmen.

**Beschluss:**

Der Bürgermeister wird beauftragt, die schadhaften und für Wildtiere gefährlichen Wildschutzzäune auf dem Flurstück 122/34, Flur 3, Gemarkung Kronsforde, am Heckbergweg und auf dem Flurstück 145/13, Flur 9, Gemarkung Krummesse, am Gutsweg noch vor den Sommerferien 2023 abbauen zu lassen. Sofern der Bereich Stadtwald dazu keine Kapazitäten frei hat, sind die Arbeiten an ein privates Unternehmen zu vergeben.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	4
	Nein-Stimmen	8
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

## zu 8      **Polizeibeirat**

### zu 8.1      **Kriminalstatistik 2022**

Herr Zawadzki berichtet anhand einer Präsentation über die Kriminalstatistik für Lübeck. Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt. Herr Trabs und Herr Zawadzki beantworten die Fragen von AM Dr. Lengen, Martens, Mauritz, Mählenhoff und Höfel. AM Höfel bittet um Informationen zur Geisterradler-Aktion. Diese werden aus einsatztaktischen Gründen zu diesem Zeitpunkt nicht gegeben.

## zu 9      **Verschiedenes**

### zu 9.1      **Wakenitz-Wanderweg**

Herr Schindler vom Naturschutzbeirat trägt vor, dass an der Wakenitz umfangreiche Gehölzarbeiten stattgefunden hätten, die nun das Landschaftsbild beschädigen würden. Frau Hartmann erklärt, dass die Arbeiten mit dem Bereich UNV abgesprochen waren. Herr Hinsen schlägt dem Naturschutzbeirat vor, zuständigkeitshalber im Bauausschuss vorstellig zu werden. AM Zahn bedankt sich für den Hinweis und bittet darum, dass der Naturschutzbeirat bei dem nächsten geplanten Führungstermin dabei sein sollte. AM Müller fügt hinzu, das Land habe festgestellt, dass die Bäume einen unzulässigen Zustand erreicht hatten, weshalb die Kürzungen für die Freigabe des Wanderwegs notwendig gewesen seien.

### zu 9.2      **Abriss der Ölmühle**

AM Höfel merkt an, dass der Naturschutz bei der Berichterstattung zum Abriss der Ölmühle keine Rolle gespielt habe. Frau Hartmann wird sich bei der Fachabteilung informieren, ob eine Beteiligung erfolgt ist.

Antwort UNV im Nachgang zum Protokoll:

Es liegen keine Erkenntnisse über Fledermäuse oder gebäudebrütende Vögel vor. Die Bauordnung wurde gebeten den Bereich UNV im weiteren Verfahren zu beteiligen.

### **zu 9.3 Amphibienschutzzaun Lübschenfeld**

AM Mählenhoff fragt, ob sich nach dem Aufruf zur Beteiligung an der Krötensammlung genügend Freiwillige gab. Frau Hartmann berichtet, dass die Krötensammlung sehr arbeitsintensiv sei und sich zum Glück viele Freiwillige gemeldet haben.

### **zu 9.4 Mobilfunk 5G**

Bürgerschaftsmitglied Stolzenberg erkundigt sich nach einem Ansprechpartner bei der Hansestadt Lübeck für das Thema 5G. Herr Hinsen verweist auf die nächste Bürgerschaftssitzung, in der es eine Einwohnerfrage zu dem Thema gibt.

### **zu 9.5 Essbare Stadt**

AM Mählenhoff fragt im Rahmen des Projekts Essbare Stadt, ob nochmal eine Ausstellung geplant sei.

### **zu 9.6 Temperatur Großer Sitzungssaal (Haus Trave 7. OG)**

AM Mauritz bemängelt die Temperatur im Sitzungssaal. Nachmittags sei der Raum überhitzt und während abendlicher Ausschusssitzungen geht die Heizung aus, wodurch es sehr kalt werde.

### **zu 10 Ende des öffentlichen Teils**

Der Vorsitzende schließt um 19:56 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum. Die Sitzung wird um 19:58 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

### **zu 16 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Es sind im nicht öffentlichen Teil keine Beschlüsse gefasst worden.

Lübeck, den 6. Mai 2024

Silke Mählenhoff  
Vorsitzende/r

Angelika Schröder  
Protokollführung